Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. – Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 35 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 90 Goldpfennige, amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 4018

Nr. 83 | Montag, den 7. April 1924 | 19. Jahrgang

Der demokratische Parteitag in Weimar.

Wo die deutsche Demokratie vor fünf Jahren die Revolution aufgefangen und auf den Trümmern des vergangenen Staates zukunftsgläubig den Grundstein zum neuen gelegt hat, hielten die Demokraten ihren Parteitag ab. Im Zeichen des Wahlkampfes stand diese Tagung und sie brachte den Willen zur Geschlossenheit, den Willen zum Reich und zu tatkräftiger Arbeit zum Ausdruck. Gerade in diesen Wochen, da die anderen Parteien mühsam und meist erfolglos die inneren Gegensätze zu verschleiern suchen, wirkte diese Einmütigkeit doppelt erfreulich. Der Wille zum Reich äußerte sich in den immer erneuten Kundgebungen für die Befreiung der fremder Gewaltherrschaft ausgelieferten Gebiete. Deutlich genug offenbarte sich das nicht nur in den Resolutionen, sondern auch in der Begründung der Redner vom Rhein. Nicht umsonst hat die Demokratie es von dem ersten Tage ihrer politischen Bewegung an für erste und dringendste Aufgabe betrachtet, das Reich nach innen und außen zu erhalten. Nicht was Deutsch ist, geben wir verloren. „Wir wollen die Zweideutigkeit, wir verzichten nicht." Diese Worte des Parteivorsitzenden Dr. Koch sind auch das Leitwort dieses Parteitages gewesen. Aber nicht mit leeren Drohungen eines wehrlosen Volkes gegen einen in Waffen starrenden Ring von Völkern wurde die Stimmung künstlich aufgeheizt. Jeder einzelne stellte sich vielmehr auf den Boden der Realpolitik, und wieder war es Koch, der in prägnanter Formulierung dem außenpolitischen Gedanken Ausdruck gab, nicht die Leidenschaften zu schüren, sondern der Vernunft zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Und wie außenpolitisch, war man auch innerpolitisch von vornherein einig. Nur auf dem Boden der Weimarer Verfassung kann Deutschland aus Not und Elend heraus zu neuer Blüte emporwachsen. Für die Zeit nach den Wahlen wurde bereits in dem leitenden Referat Dr. Kochs Stellung genommen: Keine Beteiligung am Bürgerblock, große Koalition! Aber hinzugefügt wurde sofort, daß wir die unritterlichen Kampfesarten der bisherigen Opposition nicht nachahmen würden. Es ist bezeichnend, daß auch in der ausgedehnten Aussprache keine abweichenden Ansichten geäußert wurden. Wohl aber nahmen einen breiten Raum die Erörterungen wirtschaftlicher Fragen ein. Hatte Dr. Fischer-Köln die Auffassung der Unternehmer vorgetragen, so wurde er von Gustav Schneider, dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Deutscher Angestellter, ergänzt. Und seltsam genug, auch hier war man sich einig: Alle die Probleme, die in Deutschland durch das rücksichtslose Vorgehen der Schwerindustrie auf der einen, durch die Ueberforderungen der radikalisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft auf der anderen Seite fast hoffnungslos verschärft schienen, fanden hier eine Lösung, weil über den wirtschaftlichen Interessengegensätzen das Verantwortungsgefühl dem eigenen Volk gegenüber den Sieg behielt. Versöhnung der krassen Gegensätze wurde hier zur Willensbildung.

Nicht umsonst hat die Deutsche Demokratische Partei ihren Parteitag nach Weimar berufen. Dem Weimar wo 1919 der deutsche Staatsgedanke nach den Irrungen und Wirrungen der Zeit wieder siegreich hinaus in die Lande drang, wie das deutsche Nationalgefühl auch sonst von hier seinen Ausgang genommen hatte, als Schiller die deutsche Nation zum erstenmal als eine selbständige Einheit besang. Die deutsche Nation aber beruht auf deutscher Kultur, beruht auf jenem Idealismus, den in einer ähnlichen Epoche staatlichen Unglücks die Größten unseres Geisteslebens gelehrt und geweckt haben, beruht auf jenem kategorischen Imperativ der Pflicht, den Kant, der Philosoph des demokratischen Staatsgedankens, zur Richtschnur allgemeinen Handelns gemacht hat.

So trat von selbst immer wieder diese Geistesherrschaft unseres Volkes in den Vordergrund. Sie bestimmt das Niveau dieses Parteitages und böte schon an sich Schutz genug gegen das Hereindringen der Phrasen von außen her.

Vor allem stand die große öffentliche Kundgebung im Nationaltheater in diesem Zeichen. Lic. Moering aus Breslau schilderte die Demokratie als Weltanschauung und gab der Versammlung für den bevorstehenden Wahlkampf die faustische Lehre mit, daß nur ehrliches Streben erlöst. „Auf freiem Grund mit freiem Volke stehen!", so sei die Losung! Ludwig Haas kehrte von dort zur realen Politik des Tages zurück und verteidigte die Weimarer Verfassung gegen ihre Bekämpfer. Schlaglichter fielen hier und da auf die Ereignisse da draußen, die das deutsche Volk ja von Grund auf aufgewühlt haben, auf die Vorgänge in Sachsen und besonders in Bayern. Aber immer wieder drang das Bekenntnis zum gesamten Vaterlande hindurch, dessen unglückliches Volk niemals in diesen Parteihader hineingestoßen, niemals die Beute gewissenloser Hetzer und Schürer geworden wäre, wenn nicht jenseits des Rheins der Versailler Vertrag mit seinen schon an sich unerträglichen Bedingungen noch täglich weiter ausgedehnt würde. Das deutsche Problem stellt dann Erkelenz in das europäische Problem hinein. Der Weltkrieg hat die Vorherrschaft des alten Kontinents zerbrochen und bedroht auch seine geistige Führung. Darauf entwickelte Erkelenz die große Aufgabe, die das Deutsche Volk im Herzen Europas, und im deutschen Volk die Demokratische Partei zu lösen hat. Kulturelle Erneuerung als nationale Pflicht.

Nichts von Pessimismus war zu spüren. Wohl war man sich darüber klar, daß dieser Kampf, dem wir jetzt entgegengehen, vielleicht der schwerste in der Geschichte, nicht unserer Partei, sondern unseres Volkes überhaupt sein wird. Aber immer wieder brach das Vertrauen durch, daß der Selbsterhaltungstrieb des Einzelnen aus Vaterlandsliebe sich stärker erweisen würde als alle Demagogie.

Geschlossen geht die Partei in den Kampf als eine Partei der Aussöhnung der inneren Gegensätze, der sozialen wie der wirtschaftlichen, als eine treue Hüterin der deutschen Einheit und der deutschen Zukunft. Stark genug brauste die Nationalhymne durch den Saal, die Nationalhymne, die einst ein von der Reaktion müde gehetzter Demokrat trotzig gesungen hatte.

Minister Oeser über die Entwicklung der Reichsbahn.

Der Reichsverkehrsminister Oeser hielt am Freitag vor den Mitgliedern der Berliner Handelskammer und ihrer Fachausschüsse einen Vortrag über die Entwicklungsfragen der Reichsbahn und führte dabei u. a. aus:

Das Jahr 1924 ist für die deutsche Reichsbahn ein Jahr ungelöster Probleme. Das allerdringendste war die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn und der Ordnung der finanziellen Verhältnisse. Daneben sind die große Frage der Neuorganisation der Reichsbahn und der Umstellung aus einer staatlichen Verwaltung in eine nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitete Verwaltung. Im Jahre 1923 wurde die deutsche Reichsbahn aus dem Zusammenhang mit der Reichsfinanzverwaltung gelöst. Nach dem aufgestellten Etat hatte die deutsche Reichsbahn noch einen Zuschuß von 520 Millionen Mark verlangen müssen. Trotz dieses Kapitalbedürfnisses stand am 15. November 1923 die Reichsbahnverwaltung ohne eigene Mittel, ohne eigenen Reservefonds und ohne jedes Betriebskapital da, aber mit einer Fülle von Bestellungen und Bauten, die angefangen worden waren und bezahlt werden mußten. Bereits 1923 konnte die Reichsbahn ihre eigenen Ausgaben tragen. Der Ruhreinbruch hat diesen Gesundungsprozeß zerstört.

Erst nach Beendigung des Entwertungsprozesses unserer Währung durch die Schaffung der Rentenmark konnte die planmäßige Genesung der Reichsbahn herbeigeführt werden.

Wir decken jetzt unsere Ausgaben in vollem Umfange.

Dieser Erfolg ist erzielt worden auf Grund der starken Einschränkung aller Bestellungen, auf der Basis eines starken Personalabbaues, sowohl der Beamten als auch der Arbeiter. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß sich unter der Wirkung des Friedensvertrages und des Ruhreinbruches die finanzielle Gebarung der Reichsbahn gegenüber 1913 um 485 Millionen jährlich verschlechtert hat.

Der Minister machte darauf eingehende Angaben über die Ersparnismaßnahmen und betonte, daß überall daran gearbeitet worden sei, die Ausnutzung der Kohle zu vermehren. Sodann legte er ausführlich die befolgte Tarifpolitik dar. Ferner erklärte der Minister zu der Frage der Organisation u. a.: Wir wollten einmal die Eisenbahn als selbständiges, wirtschaftliches Unternehmen errichten, und wir wollten außerdem dieses selbständige wirtschaftliche Unternehmen auf der Basis einer starken Dezentralisation aufbauen. Danach hat der Verkehrsminister eine durchgreifende Ordnungsbefugnis. Er kann von sich aus alle Dinge regeln, die er für eine zentrale Regelung für geeignet hält. Die Reichseisenbahn wird ein Unternehmen bilden, das seine Hauptverwaltung in Berlin hat, aber eine Reihe von Zweigniederlassungen im ganzen Reiche besitzt. Die Präsidenten der einzelnen Direktionen werden künftig sozusagen Gesandte der Reichsbahn bei den Landesregierungen sein.

Auf die Frage der Reparationen übergehend, erklärte der Minister u. a.: Soll die Reichsbahn eine Garantie für bestimmte Leistungen übernehmen, dann ist die erste Forderung, daß sie die Verantwortung auch voll tragen kann und von jedem Zwange frei bleibt. Die zweite Kardinalforderung ist, daß wir keine Lösung annehmen, die nicht die Verwaltung der Rhein- und Ruhrbahnen wieder in unsere Hände legt. Ohne Rhein und Ruhr wird die deutsche Wirtschaft niemals reparationsfähig werden. Das ist auch bestätigt von den Sachverständigen. Ich habe keinen Sachverständigen der ganzen Welt kennen gelernt auch nicht in Frankreich und Belgien, der die Regiebahn für eine gesunde Schöpfung hielte. Aus der Notwendigkeit, die Rhein- und Ruhrbahnen wieder mit der Reichsbahn zu vereinigen, ergibt sich, daß die Reichsbahn auch ihrerseits ein Moratorium braucht. Die Reichsbahn stellt in vollendetstem Maße ein Konjunkturgewerbe dar. Die Möglichkeit einer Reservebildung und eines Ausgleichsfonds muß unter allen Umständen gegeben werden.

Der Minister schloß: Der heutige Zustand der Deutschen Reichsbahn ist an sich gesund. Wenn die Reparationsfrage uns diese Gesundheit nicht wieder nimmt, können wir der nächsten Zeit mit einiger Zuversicht entgegensehen. Die Deutsche Reichsbahn weiß auch, daß sie bei der Reparationsfrage mitzuwirken berufen ist. Sie wird es auf sich nehmen, soweit dies möglich ist und in gutem Willen durchführen in der Ueberzeugung, daß dieser beste, wertvolle deutsche Besitz dem deutschen Volke noch mehr am Herzen liegen wird, wenn er dazu beiträgt, ihm die Freiheit und Unabhängigkeit wieder zu erwerben.

Deutschland unter dem Gewaltfrieden.

11 Millionen Deutsche unter Fremdherrschaft. 120 000 Vertriebene.

Ueber den Umfang des besetzten Gebietes, über die Zahl der unterdrückten Deutschen, die infolge des Versailler Diktats und der Ruhrpolitik Poincares unter der französisch-belgischen Fremdherrschaft schmachten, herrscht noch immer nicht völlige Klarheit. Es seien deshalb einige Ziffern wiedergegeben, die den Umfang und die Schwere dieser Fremdherrschaft kennzeichnen.

Nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 zählt das nach dem Friedensdiktat besetzte Gebiet rund sechs Millionen, das neu besetzte Gebiet (Ruhrgebiet, Düsseldorf Duisburg) rund vier Millionen, und das Saargebiet rund 700 000 Einwohner. Insgesamt befinden sich also rund 11 Millionen Deutsche unter Fremdherrschaft. Bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 62 Millionen ist das mehr als der sechste Teil der deutschen Bevölkerung.

Die Zahl der Ausgewiesenen beträgt rund 40 000 Haushaltsvorstände und 80 000 Familienangehörige, insgesamt also rund 120 000 Personen. Zurückgekehrt hiervon rund 3000 Haushaltsvorstände mit 6000 Familienangehörigen. Mehr als 110 000 Personen warten also noch auf die Erlaubnis zur Rückkehr.

Die Zahl der politischen Gefangenen im besetzten Gebiet wird auch jetzt noch auf etwa 1200 geschätzt. Die Höhe der insgesamt verhängten Freiheits- und Geldstrafen ist kaum zu ermitteln. Nur die Freiheitsstrafen gegen Beamte sind gezählt. Hierbei wurde festgestellt daß die Franzosen und Belgier seit dem Ruhrkampf gegen Beamte rund 1100 Jahre Freiheitsstrafen und Geldstrafen in Höhe von vielen Hunderttausenden von Goldmark verhängt haben.

Die Unterhaltung Hoesch-Poincare.

Ueber die einstündigen Besprechungen, die der deutsche Botschafter v. Hoesch am Freitag mit Poincare hatte, sind die Pariser Sonnabendzeitungen in der Lage, ausführliche Mitteilungen zu veröffentlichen. Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail" erfährt, daß Poincare mit dem deutschen Botschafter über den Bericht der Sachverständigen gesprochen habe. Poincare führte aus, daß dieser Bericht einstimmig beschlossen worden sei, daß man annehmen könnte, daß er auch von allen Alliierten angenommen werden würde, und daß er wünschen möchte, die Haltung Deutschlands kennen zu lernen. Poincare erklärte ferner, daß die französische Regierung bereit sei, alle Empfehlungen der Sachverständigen anzunehmen. Herr v. Hoesch sei aber nicht imstande gewesen, Poincare eine endgültige Mitteilung über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber den Sachverständigenberichten zu machen.

In diplomatischen Kreisen von Paris wird der „Daily Mail" zufolge erklärt, daß man den Eindruck habe, der Bericht der Sachverständigen würde durch die deutsche Regierung eine sehr feindliche Aufnahme finden. Der „Matin" glaubt zu wissen, daß über die Note der Reichsregierung in der Frage der Militärkontrolle von Poincare und Herrn v. Hoesch nur gelegentlich gesprochen wurde, dagegen sei die Erneuerung der Micumverträge ausführlich besprochen worden. Deutschland möchte, daß Frankreich sich mit einer provisorischen Ge-